

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: W. H. H. W. L. u. M. o. h. m. Magdeburg. — Druck und Verlag von W. H. H. W. L. u. M. o. h. m. Magdeburg. Große Mühlstraße 3. — Fernsprech. 0114. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspresse Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: Die 7gealtene Kolonietexte 25 Pf. Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restlandteil Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 3258 Berlin.

Nr. 12.

Magdeburg, Dienstag den 15. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Der große Durchbruchversuch.

In Berlin sind seit Sonnabend höchst wichtige Beratungen im Gange. Hindenburg und Ludendorff sind dort aus dem Großen Hauptquartier eingetroffen. Der Kronprinz ist als Thronerbe ebenfalls erschienen. Der Reichskanzler ist am Sonntag mittag vom Kaiser gehört worden. Am Sonntag nachmittag wurden Hindenburg und Ludendorff vom Kaiser um ihre Ansicht befragt.

Zu diesen privaten Meldungen gibt Wolff noch folgende Ergänzung:

Hindenburg und Ludendorff hatten, wie der „Lokal-Anzeiger“ meldet, gestern eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler, die den Empfängnis beim Kaiser voranging.

Für Montag wurde eine Besprechung beim Kaiser angesetzt, an der Hindenburg, Ludendorff und der Reichskanzler sowie der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen und andre Persönlichkeiten teilnehmen werden. Die Berliner „Morgenpost“ hat mit größter Bestimmtheit versichern hören, daß der Chef des Zivilkabinetts, von Valentini, nunmehr endgültig zurücktreten werde. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Montag nachmittag wird voraussichtlich der Reichskanzler den Führern der Reichstagsfraktionen über den Inhalt und das Ergebnis der Beratungen Mitteilung machen. Verschiedene Blätter wollen wissen, daß in der polnischen Frage eine Wendung eingetreten sei.

Im Laufe dieser Woche sind bestimmt zwei Kanzlerreden zu erwarten. Die erste im Hauptauschuß des Reichstags über die auswärtige Politik und die zweite im Herrenhaus über die innere preussische Politik. Voraussichtlich wird der Kanzler die erste große Rede am Mittwoch halten, da an diesem Tage im Hauptauschuß die allgemeine politische Debatte, die eine Woche lang durch andre, mit dem Friedensschluß zusammenhängende Erörterungen unterbrochen war, wieder aufgenommen werden soll. Hertling wird auf die bereits ergangenen Kundgebungen der leitenden Staatsmänner der Entente antworten. Der Inhalt dieser Reden wird von den jetzigen Beratungen in Berlin im wesentlichen bestimmt werden.

Um das, was sich jetzt in Berlin ereignet oder doch ereignen soll, fest zu charakterisieren, tut man gut, eine Anleihe bei den militärischen Berichten zu machen. Dann würde der Tagesbericht etwa so lauten:

„Nach monatelangen Vorbereitungen hat der entscheidende Durchbruchversuch am gestrigen Tage eingesetzt. Um das Berliner Schloß wird heftig gekämpft.“

Es handelt sich für die ganze Linie der Alldeutschen in der Tat um einen Durchbruchversuch, um einen Vorstoß in breiter Front, der das Ziel hat, die

Stellungen der Reichstagsmehrheit aufzurollen und die innere wie äußere politische Lage mit einem Schlage zu durchbrechen und grundstürzend umzustülpen.

Die auswärtige Politik des Reiches hat im letzten Halbjahr die Richtlinien des Reichstagsbeschlusses im allgemeinen eingehalten. Das berühmte „wie ich es auffasse“ spielte dabei freilich eine erhebliche Rolle, und hörte nicht auf, sie zu spielen, als der Urheber dieses berühmten Wortes längst

ruhlos in der Versenkung verschwunden war. Man geht nicht fehl, wenn man auf Grund ihrer öffentlichen Kundgebungen die

Kriegsziele der Regierung Hertling-Rühlmann

folgendermaßen darstellt: Im Westen sollen keine wesentlichen Veränderungen erfolgen. Kleinere Streitfragen, Land und Geld betreffend, sollen hier wenn nötig durch Kompensationen ausgeglichen werden. Bekümmert z. B. Deutschland seine Kolonien zurück und noch etwas dazu, so würde es über kleinere Konzessionen an Frankreich und Belgien mit sich reden lassen. Aber das deutsche Elsaß-Lothringen käme dabei natürlich nicht in Frage. Belgien soll wieder so hergestellt werden wie es war. Im Osten Verständigungsfriede mit Rußland auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, wobei man diesen Begriff zunächst in stark anexionistischem Sinne zu interpretieren versucht, um ihn im Laufe der Verhandlungen allmählich und so weit wie nötig zu erweitern. Gelingt es, die verschiedenen „Landesräte“ als berufenen Organe der Selbstbestimmung gelten zu lassen, so macht man mit ihnen alles ab, was man im Interesse der Mittelmächte mit ihnen abzumachen für gut hält. Stellt sich aber im Laufe der Verhandlungen heraus, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker doch etwas ernster aufgefakt und gehandhabt werden muß, dann bleibt die Rückzugslinie zum wirklichen demokratischen Frieden noch immer offen, und man kann aus der Not sogar eine Tugend machen. Auf keinen Fall soll im Osten eine sichtbarlich gewalttätige Annektion vorgenommen werden. Vor die Wahl gestellt, eine solche Annektion vornehmen oder auf „Machterweiterung“ auch im Osten verzichten zu müssen, würde die gegenwärtige Regierung eben verzichten.

Ganz anders stellt sich das politische Programm dar, um dessen Anerkennung durch den Kaiser

jetzt in Berlin gekämpft

wird. Dieses rein militärisch und machtpolitisch gedachte Programm macht mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht viel Federlesens. Der Grundgedanke ist der, daß Deutschland unbedingt bessere Grenzen, mehr Soldaten und mehr Kohlen- und Eisengruben haben müsse. Zunächst soll in den Verhandlungen mit Rußland die Abtretung eines Stückes von Litauen und eines Stückes von Polen einschließlich des Kohlendistriktes von Sosnowice verlangt werden. Was mit den übrigen Teilen des besetzten Gebietes geschieht, gilt als ziemlich gleichgültig. Am liebsten würde man sie an Rußland zurückgeben. Ist auf solcher Grundlage der Friede zustande gekommen, dann soll der 11-Boot-Krieg und die Offensive im Westen auch die westlichen Gegner nötigen, einem Frieden zuzustimmen, wie ihn Deutschland braucht.“ Mindestforderungen sind dann die Beherrschung der flandrischen Küste durch Deutschland und die Annektion des Erzbeckens von Longwy und Brieg.

Man sieht, es handelt sich um zwei völlig voneinander verschiedene Kriegszielprogramme.

Das eine sucht auf dem Wege eines mehr oder minder ansehnlichen Selbstbestimmungsrechtes die „Machterweiterung im Osten“ ohne Sicherheit, sein Ziel zu erreichen. Das andre stellt genau umgrenzte Annektionsforderungen an die Gegner, ganz nach der Art, wie es in Eroberungskriegen früherer Zeiten üblich gewesen ist.

Die Annahme des zweiten Programms würde einen plötzlichen vollen Umsturz

Umsturz der deutschen Kriegszielpolitik

bedeuten. Es ist klar, daß dieser Umsturz noch weitere Umstürze zur Folge haben müßte. Würde die gegenwärtige Regierung Hertling-Rühlmann ihr eigenes Programm aufgeben und sich ein fremdes aufzwingen lassen, so würde sie sich so verächtlich machen, daß kein Hund mehr einen Bißchen Brot von ihr nehmen wollte. Im übrigen wird schon von der Regierung nicht nur Untermordung gefordert, sondern auch der Rücktritt, wenigstens der teilweise. Hertling soll allenfalls erlaubt werden, im Amte zu bleiben, wenn er Rühlmann über Bord wirft. Man setzt als selbstverständlich voraus, daß Hertling lieber seinen Abschied nehmen wird, als sich solchen alldeutschen Zumutungen zu fügen.

Der Übergang zu einer offenen Annektionspolitik in Ost und West würde natürlich auch einen

totalen Umsturz der Parteiverhältnisse

im Reichstag zur Folge haben. Die Reichstagsmehrheit hat sich gegen einen solchen Annektionsfrieden ausgesprochen. Würde diese Mehrheit zertrümmert werden, so ständen von diesem Tag an die Sozialdemokraten isoliert in der Opposition. Damit wäre ein weiteres „Schießziel“ des alldeutschen großen Durchbruchversuchs erreicht. Ob zu Deutschlands Vorteil, ist freilich eine ganz andre Frage.

Würden aber die bürgerlichen Parteien, wie das anscheinend angenommen wird, auf einen Befehl von oben hin widerspruchslos ihren Abmarsch in das annektionistische Lager vollziehen? Nicht gut, ohne sich für Zeit und Ewigkeit zu blamieren. Ihre Zerreibung zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken ist dann ganz gewiß. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien kämen also durch einen solchen Kurswechsel in eine schwierige Lage. Aber ob sie deshalb bereit wären, gleich eine reine Selbstmordpolitik zu treiben, das läßt sich nicht ohne weiteres voraussetzen. Noch in der allerletzten Zeit haben sie gewissen Versuchen, sie in einen annektionistischen Rechtsblock hineinzuziehen, eine unabweisliche Absage erteilt.

Wenn der große „Durchbruchversuch“ gelingen sollte, dann werden also die

Folgen ganz unabsehbar.

Nach außen wie innen. Das merkwürdigste an dieser Gesichtsseite ist aber vielleicht, daß dieser Versuch unternommen werden kann und daß man seinen Erfolg für möglich hält. Durchbruchversuche pflegt man doch stets an der schwächsten Stelle anzusetzen. Wenn aber jeder, der amtlich mit den Schicksalen des deutschen Volkes befaßt ist, weiß, was er will, dann gibt es überhaupt keine schwache Stelle.

Die Friedensverhandlungen.

Ueber die Verhandlungen in Brzj-Litowsk liegen heute folgende Berichte vor:

Zu Beginn der Plenarsitzung am Sonnabend, welche um 11 Uhr 30 Minuten vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende, Graf Czernin, folgende

Erklärung

ab:

In der Plenarsitzung am 10. d. M. hat der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11./21. Dezember 1917, Nummer 726, übergeben. Diese Note enthält unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

Zu Erwiderung hierauf beehrte ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären: Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.“

Erst,

welcher sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes an:

Zu Zusammenhang mit der eben in der Erklärung der Delegation des Vierbundes behandelten Frage erachte ich es für notwendig, zum Zweck der Information und behufs Befestigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben:

„Diejenigen Konflikte, welche sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden

bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes. Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets, der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraine wie auch außerhalb ihrer Grenzen.“

Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationsstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Ständesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Berücksichtigung ferner, daß auf dem Territorium der Ukraine überall freigewählte Sowjets der Arbeiter, Sold-

halten- und Bauerndeputierten existieren, und daß bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den kantonalen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird.

In Anbetracht des Vorstehenden und in Übereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Januar abgegebenen Erklärung steht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.

Der ukrainische Staatssekretär Solowjowitsch erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

General Hoffmann, welcher hierauf das Wort ergrieff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trozki nicht verstanden habe, warum die von ihm

beanstandeten Forderungen und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstoßen. Am Rande des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte „zur Verbeifahrung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstoße hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Resolution und Bürgerkrieg in unsre Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entsprechen und die dem Standpunkt der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufen. Es herrsche also vollkommen Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrag nichts zu tun habe.

General Hoffmann erwiderte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungsausschreibungen und offizielle Propagandaaktivitäten, die mit der Unterdrückung des Oberkommandierenden Kreises versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Außenwerts betrieben keine analoge Propaganda.

Herr Trozki erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Ausrüstung der Mannschaften der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten. Staatssekretär v. Kühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nicht-einmischung in die russischen Verhältnisse ein bestehendes Grundgesetz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erfordere.

Herr Trozki entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offen über ihre Ansichten bezüglich der innern Verhältnisse ausspräche, inwiefern sie dies für notwendig erachten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Kommissionsverhandlungen. Am 11. Januar konstituierte sich die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen und hielt am 11. Januar und 12. Januar drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Nach einer kurzen einleitenden Erörterung über formale Fragen wurde zunächst festgestellt, daß an der ersten Stelle des ukrainischen Friedensvertrages die Vereinbarung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Parteien ausgesprochen werden solle. Dagegen lehnte es Trozki ausdrücklich ab, anzunehmen, daß die vertragschließenden Teile einander nicht als Feinde und Feindschaft zu leben. Trozki sprach, daß dies eine deklarative Phrase sei, die nicht den Geist der Bedingungen kennzeichne, welche zwischen dem russischen und dem deutschen Volke bzw. den Völkern Österreich-Ungarns bestehen würden; er hoffe, daß ganz

andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden.

Nach der Erörterung über diesen Punkt wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem spätern Zeitpunkt nochmals zurückzukommen. Im weiteren Verlauf der Besprechungen wurde festgestellt, daß ein Einverständnis darüber herrsche, die Räumung der von beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen, bereit, daß die

Räumung des besetzten russischen Gebiets

an die Räumung der von Rußland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns und der Türkei sowie Persiens zu knüpfen sei. Im spätern Stadium der Verhandlungen wurde Persien aus diesem Zusammenhang gestrichen, da es nicht ein kriegführender Teil sei. Trozki schlug vor, am Schlusse den Satz einzufügen: „Rußland verpflichtet sich, in möglichst früher Zeit seine Truppen aus den besetzten Gebieten des besetzten neutralen Persiens herauszuführen“ und fügte hinzu, daß er keinen andern Grund zu dieser geplanten Aenderung habe, als den Wunsch, das schreiende Unrecht zu betonen, das von der früheren russischen Regierung gegenüber dem neutralen Lande begangen sei.

Hierzu bemerkte Staatssekretär v. Kühlmann, er begrüße diese Erklärung um so mehr, als auf der Seite der Zentralmächte für das alte Rußland der Perse die allerlebhaftesten Sympathien beständen und sie nichts mehr wünschten, als daß die Perse in Zukunft frei von Unterdrückung ihre nationale Kultur pflegen könnten.

Es kam sodann die Frage zur Besprechung, in welchem Zeitpunkt die Räumung

der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an einen Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde und die Räumung der besetzten Gebiete an die erfolgte Demobilisierung der russischen Streitkräfte zu binden. Dies sei deshalb notwendig, weil die Gefahr vorliege, daß Rußland, bevor seine Streitkräfte demobilisiert seien, irgendwelche Veränderungen in seinem Regierungssystem und in seinen Absichten jederzeit in der Lage wäre, wieder Offensivoperationen durchzuführen.

Trozki sprach demgegenüber dem Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen, worüber nähere Besprechungen zu treffen wären.

Nach dem Hinweis Kühlmanns darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens herausziehen müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen. Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete

sich die Räumung zu erstrecken habe. Hierzu führte Kühlmann aus: Wie aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich nur auf diejenigen besetzten Gebiete, welche nach Teile des Staatsgebietes derjenigen Mächte sind, mit der der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Unterabteilung einzutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebiets bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiet gehörig betrachtet werden können. Die russische Regierung hat entsprechend ihren Grundgedanken für alle in Rußland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in der Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechts in einem der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker tatsächlich bestmögliche Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Rußland bereit anzusetzen haben, daß nach dieser Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reich in jenem ehemaligen Umfang gehörig betrachtet werden können.

Hierauf erklärte Trozki: Wir hatten unsere Erklärung in welchem Ausmaß anstellt, daß Völkern, die das russische Gebiet besetzen, ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung haben, und zwar bis zur Austragung von Rußland. Wir können jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders anerkennen als gegenüber den Völkern selbst und nicht ohne gegenüber gewählten repräsentierten Stellen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, die behauptet, daß sich der Wille in den besetzten Ge-

biets durch tatsächlich bevollmächtigte Organe äußert, denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe könnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange, hauptsächlich in theoretischem Rahmen geführte Erörterung über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitpunkt ein neuer Staat im Wege der Absonderung der Bestandteile eines existierenden Staates von diesem entsteht.

Staatssekretär v. Kühlmann faßte den Standpunkt der Mittelmächte

in dieser Frage wie folgt zusammen: Unsere Auffassung geht dahin, daß eine Staatspersönlichkeit entsteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlagen ihres Daseins abzugeben, sobald irgendein zur Vertretung und als Sprachrohr abgegebener Vertretungskörper als Ausdruck des ungewissen Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbstständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts kundgibt. Wir schenken unsere Auffassung dem Charakter und der fundamentalen Wichtigkeit des Selbstbestimmungsrechts erhebliche näherzukommen, als die vom Vertreter der russischen Delegation hier niedergelegte Auffassung, denn dieser hat uns bisher nicht gesagt, wie ein Körper entstehen und beschaffen sein soll, welcher in dem zum großen Teile noch nicht organisierten ein Volkspersonalität anstrebenden Völkern eine Organisation des Volkes auf breiterer Grundlage vorzunehmen muß, die nach Ansicht des russischen Vorsitzenden eine Voraussetzungen für die Entstehung dieser Rechtspersonalität bildet. Hierbei wies Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, welche sich ja im Sinne der deutschseits entwickelten Grundgedanken konstituiert hätten und welchen die Petersburger Regierung die Selbstständigkeit zuerkannt habe, obgleich ihre Entstehung nicht nach den von ihr jetzt vertretenen Prinzipien erfolgt sei.

Demgegenüber hielt Trozki an dem von ihm vertretenen Standpunkt fest und bemerkte zu dem vom deutschen Staatssekretär ins Treffen geführten Beispielen folgendes: Was Finnland betrifft, so war es nicht besetzt von fremden Truppen.

Der Wille des finnischen Volkes äußerte sich in einer Art und Weise, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von unsrer Seite konnte nicht die leiseste Einwendung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine betrifft, so ist dort der Prozeß einer beratigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen, und wir auch der Ansicht sind, daß die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, zumal dies eine rein technische und nicht eine politische Frage ist, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Das Ergebnis der beiderseitigen Ausführungen über diesen Punkt wurde von Staatssekretär v. Kühlmann folgendermaßen zusammengefaßt: Trozki hat eine

Errichtung von Vertretungen vorgeeschlagen, denen, von uns einseitig rein theoretisch konzipierte, Volksbestimmungen oder Volksabstimmungen auf breiterer Basis erfolgen sollen, während wir auf dem Standpunkt stehen und stehen bleiben müssen, daß mangels anderer Vertretungskörper die vorhandenen und sich bereits gebildet haben Vertretungskörper präsumtiv der Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein.

In der hieran sich anschließenden Erörterung über Charakter und Bedeutung der in den besetzten Gebieten fungierenden Volksvertretungsorgane wiesen Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Außenwerts Graf Czernin darauf hin, daß nach ihren Eindrücken bei der russischen Delegation während der im Dezember gefolgten Verhandlungen Reueigung vorhanden gewesen sei, die in den besetzten Gebieten bestehenden Volksvertretungen als De-facto-Vertretungen anzuerkennen und zu präsumieren, daß ihre Beschlässe als solche den Willen der betreffenden Völker zum Ausdruck brächten.

Bei Schluß der Redaktion liegt uns das Ende des sehr ausführlichen Berichts noch nicht vor. Wir werden die Fortsetzung deshalb erst in der nächsten Nummer veröffentlichen können.

Was der Krieg bringt.

Neue Verrentungen.

Am 11. und 12. Januar konstituierte sich die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen und hielt am 11. Januar und 12. Januar drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Die böse Friedensluft.

In den Städten Rußlands und Österreichs wie auch anderer angrenzender Gebiete haben sich seit dem Friedensschlusse über den ukrainischen Prozeß manche sehr merkwürdige Dinge ereignet. Im Laufe weniger Tage wurden in den Hauptstädten und auf den Märkten ähnliche Dinge gesagt, die gewöhnliche Straßengespräche schon lange nicht mehr gesehen haben, ungegen sie die Beteiligten zum Teil gar nicht verstehen, aber was für eine, die ganz richtige Einschätzung in ihre Begriffe zu bringen. Das merkt man alles am besten wieder da, wo die in beträchtlichen Mengen gehandelt werden und hier folgt eine Schilderung unter anderem, die können manchen Tagen die Menge beträchtlich herabzusetzen.

langsamem Schritte heranzutreten, besonders angelehnt der Friedensverhandlungen, daß ihre Hochkonjunktur bereits überschritten sei, und beginnen sich als der „jähwache Peter“ zu fühlen. Sie werden sich ja wieder aufrufen. Man darf daher nicht hoffen, daß ihnen die nächsten Wochen etwa ansehnliche Preisstürze bringen werden.

Demgegenüber zeigen diese Vorgänge, daß schon der Tag des Friedensschlusses nicht darüber verstrichen wird, wieviel Mangel es in den kriegführenden Ländern herrscht, weil sich die Lebensmittel, die nach anderen Richtungen hin knapp und Gewalt in verhältnismäßigem Maße auszuweisen, jetzt allen ihren Kriegsausgleichern dem Hungerleidenden gegenüber so häufig unerschöpflich erweisen.

Jetzt schon kann man sehen, wie es kommen wird: Am Tage des Friedensschlusses werden die Großstädter wieder einige jeltene Lebensmittel haben, aber nicht durch der gewöhnlichen Organisation gegen den Hunger, sondern durch der ungewöhnlichen Organisation des Hungers gegen den Hunger.

Die Wahl von Bann.

Nach dem neuen Wahlergebnis aus dem schottischen Wahlkreis Bann-Ramsey gewählt sich das Ergebnis der Hauptwahl nach wesentlich günstiger für die Anhänger des Verhandlungsfriedens, als es nach der am Sonntag veranlassenen vorläufigen Wahlen der Fall schien. Es haben nämlich Stimmen erhalten:

Wahl (Geg.)	6732 (1912: 11412)
Faber (Wahl.)	4920 (1912: 7889)
Herrmann (Wahl. u. Zentrum)	8953 (1912: 14054)

Die Anhänger des Verhandlungsfriedens brachten also in diesem überaus knappen Rennen 4730 Stimmen mehr auf, als die Gewaltmächte. Da die Konfessionen die Wahl zu einem Präzedenzfall für die all-

deutschen Eroberungsphantasien machen wollten, so dürfen sie an diesem Ergebnis nicht achlos vorübergehen. Es stellt sich immer mehr heraus, daß sie, gemessen an der Proportion, mit der sie den Wahlkampf heraufbeschworen, eine effektive Niederlage erlitten haben.

Das geht besonders hervor aus dem Vergleich des Anteils der Stimmen an der Zahl der Wahlberechtigten. Dieser Anteil betrug für die

	1912	1918
Sozialdemokratie	31,3 Prozent	38 Prozent
Fortschrittler	21,6	21,4
Konservative und Zentrum	33,5	38,5

Trotz ihrer gewaltigen Agitation in der Deffentlichkeit und im geheimen, trotzdem nach ihrer Meinung das ganze Volk vor Entrüstung über den „Berzichtigfrieden“ und den „Hungerfrieden“ überschäumt, sind sie auf ihrem Prozentanteil stehen geblieben, während die Sozialdemokratie, deren Scheidemann-Frieden angeblich die deutsche Vorkriegszeit bedroht, ihren Anteil von 31 auf 38 Prozent steigern konnte. Das heißt: während 1912 von je 100 Wahlberechtigten 31 sozialdemokratisch stimmten, waren es jetzt 38, also sieben auf hundert mehr!

Die Sozialdemokratie hat also als einzige Partei im Laufe eines Gewinn zu verzeichnen. Da aber schon jetzt eine Wahlbeteiligung von über 95 Prozent erzielt worden ist, darf man für die Stichwahl kaum mit Heranziehung von Reservisten rechnen können. Es wird also von dem Verhalten der fortschrittlichen Wähler abhängen, ob der Kreis der Amerikaner wieder zujällt oder ob er für den Anhänger des Friedens gewonnen werden kann. Wie es heißt, gedenkt die fortschrittliche Volkspartei die Stichwahlparole für den Sozialdemokraten auszugeben. Man darf erwarten, daß diese Parole befolgt wird, und das Ergebnis der Stichwahl des Volksrats über die Gewaltpolitik noch eindeutiger darstellt, als es schon die Hauptwahl getan.

Notizen.

Die Ersatzwahlen für die Reichstagsersatzwahl in Niederbarnim ist nun doch Rudolf Brechtel aufgestellt worden, während für die alte sozialdemokratische Partei der Genosse Arbeitersekretär Rudolf Wiffell kandidieren wird.

Es bleibt bei der Verabreichung der Getreidepreise. Halbmilchlich wird geschrieben. Die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung der für Getreide, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchte zurzeit geltenden Höchstpreise um je 100 Mark für die Tonne ist gesehlich bereits festgelegt worden.

Der Schleichhandel. In Berlin fand am Sonnabend eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Zivil- und Militärbehörden und der Industrie über die Frage der Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke statt.

Ein englischer Torpedojäger verloren. Die englische Admiralität teilt mit: Der Torpedojäger „Racon“ lief an der Nordküste von Island am 8. Januar während eines Schneesturms auf die Felsen auf und ging mit der ganzen Besatzung verloren.

Fliegerleutnant Max Müller. Der bayerische Fliegerleutnant Max Müller, Ritter des Ordens Pour le Mérite, ist bei der Jagdstaffel Voelcke in der Nähe von Cambrai nach seinem 38. Luftflug infolge Flugzeugfehlers tödlich verunglückt.

Ein staatliches Kraftwerk. Dem Preussischen Landtag ist ein Gesetzentwurf betreffend den Bau eines staatlichen Dampfkraftwerks bei Garmebe zugegangen. Es sind für den Bau 18 Millionen Mark vorgesehen.

Tolstois Witwe bittet um Brot. Die Witwe Tolstois hat sich an das russische Ministerium des Innern gewandt mit der Bitte um Brot. Sie schildert in ihrer Eingabe, wie sich die Verhältnisse auf ihrem Gut Zasnaja Poljana geändert haben.

Der Sonntagsbericht.

W. L. B. Großes Hauptquartier, 13. Januar 1918. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

über rege; auch in den andern Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nördlich von Avocourt zur Erlundung vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Auf dem Maas-Süden und in den mittleren Vogesen zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit.

Westlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Plänkeleien.

W. L. B. Großes Hauptquartier 14. Januar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Feuerfähigkeit blieb tagsüber meist auf Störungsfeuer beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders bei der Aufklärungsabteilungen drangen südlich von Armentières und nördlich von La Barquiere in die englischen Gräben und mächtigen Gefangene.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht. Abgesehen von erfolgreichen Erkundungsgeschten in der Gegend von Zubincourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Westlich vom Ohrida-See, am Dobropolje und südwestlich vom Dojran-See Artillerietätigkeit.

Italienische Front. Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Elbe-Kohlenkontor G.m.b.H. liefert gegen Marken oder 184 Bezugsschein Briketts Kalender umsonst bei Abholung! Kaiserstrasse 37

Abgabe von Grubeförs. Auf die Marken 3 und 4 für Monat Januar und 1 und 2 für Monat Februar der grünen Grubeförskarte kann je 1/4 Zentner, also zusammen 1 Zentner Grubeförs abgegeben werden.

Auszug aus der Bekanntmachung der Provinzial-Gleichstelle vom 12. Januar 1918. Die markenfreie Schlachtung von Ferkeln ist vom 16. Januar 1918 an verboten.

Bekanntmachung. In Abänderung der bisherigen Bekanntmachungen der Provinzial-Gleichstelle und des Viehhandelsverbandes Provinz Sachsen über den Verkauf von Ferkeln wird hiermit für die Provinz Sachsen angeordnet:

Bekanntmachung. Mit Genehmigung der Landesaußsichtsbehörde tritt für den Bereich der preussisch-hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsas-Lothringen mit sofortiger Gültigkeit folgende vorübergehende Kriegsmaßnahme in Kraft:

Bekanntmachung. Mit Genehmigung der Landesaußsichtsbehörde tritt für den Bereich der preussisch-hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsas-Lothringen mit sofortiger Gültigkeit folgende vorübergehende Kriegsmaßnahme in Kraft:

Bekanntmachung. Mit Genehmigung der Landesaußsichtsbehörde tritt für den Bereich der preussisch-hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsas-Lothringen mit sofortiger Gültigkeit folgende vorübergehende Kriegsmaßnahme in Kraft:

Gehen Ihre Uhren nicht? Reparaturen jeder Art. Kleine Möbelfabren. Fr. Pöllnitz.

Haar ausgekämmt, käuflich zu höchsten Preisen. Oekistler, Breiteweg 110.

Laden mit Wohnung. 3. 1. 4. zu verm. Weinbergstr. 14.

Bekanntmachung. 3. Nachtrag zur Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Schönebeck u. Umg.

Table with 2 columns: Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag. Lists names and amounts.

Schönebeck, den 23. Dezember 1917. Der Vorstand: W. Ladebeck, Th. Kühne.

Schwängere. finden Aufnahme bis zur Entbindung in der Unterstadt bei der Hebamme Marie Strebe.

Dankagung. Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Sohnes und Bruders.

Dankagung. Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Sohnes und Bruders. Marie Strebe geb. Bartels nebst Tochter.

Botenwege. Die neuesten Schlager in Ansichtskarten offeriert für Wiederverkäufer.

Hühneraugen, eingewachsl. Nägel. befeuchtet Fr. Meyer, Schreiberstraße 1, 1. Treppe.

Dankagung. Zurückgeführt vom dem Grabe meiner lieben, teuren Frau, unserer guten, unvergesslichen Mutter.

David Müller und Kinder. Am Sonntag den 12. Januar nach am Lungens- und Kehlkopf-Tuberkulose unser Mitglied, der Arbeiter.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Verwaltung Magdeburg. Nachruf.

Nachruf. Am Sonntag den 12. Januar nach am Lungens- und Kehlkopf-Tuberkulose unser Mitglied, der Arbeiter.

Heinrich Kolbe im Alter von 44 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Magdeburg. Nachruf.

Hermann Hoffmann. Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Sohnes und Bruders.

Carl Ebeling Fernsprecher 7100 empfiehlt Säрге in großer Auswahl zu soliden Preisen. Hauptwache (am Rathaus) Zweiggeschäft Annastraße Wilhelmstadt.

August Obenauf im 68. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen: Witwe Marie Obenauf geb. Schulz, Erich Obenauf als Sohn, Familie Schlaw.

Männerturnverein Jahn Groß-Ottersleben. Nachruf. Nach kurzem Krankenlager verstarb am Freitag unser werter Turngenosse.

Hermann Ludwig. Freitagabend 7 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden mein über alles geliebter, herzerguter Mann, meines Kindes treusorgender Vater.

Arbeitsmarkt

Zur Veröffentlichung von Arbeiter- und Personalgesuchen aller Art ist die "Volksstimme" hervorragend geeignet...

Schuhmacher

H. Hoffmann, Rnochshauerer 3

Automobil- oder Maschinenschlosser

per sofort gesucht

Audi-Werke A.-G.

Magdeburg, Königstraße 19.

8-jähriges Mädchen

Kriegswaise. - Vorzugstellen bei

Röhler

Schmidtstr. 6, dort.

Mädchen

des nahen und etwas fernen

Mädchen oder Frau

als Aufwartung gesucht

Hausmädchen

per sofort gesucht

Maurer und Arbeiter

sofort gesucht

Ernt. gelernter Dreher

oder Schlosser als Vorarbeiter

Formen- und Kernmacher

bei Elbertwerda.

Kammer-Lichtspiele

Panorama

Tonbild-Theater

Weißer Wand u. Colosseum

Ab heute bis einschließlich Donnerstag

Mia May in Ein Lichtstrahl im Dunkel

Der Meldehund in der Kriegsschule und im Feuer

Hella Moja Und wenn ich lieb'

Der Ehevertrag

Henny Porten in Die Faust des Riesen

Soll und Haben des Kriegsjahres 1917

Erika Gläßner in Das Wäschermädel

Seiner Durchlaucht

Lotte Neumann in Die Richterin

Eine Reise von Bethlehem über Jerusalem nach Petra

Eiko-Woche

Circus Blumenfeld, Magdeburg. Circus Corty-Althoff. Der beispiellose Ein Wintermärchen

Freddrichs Festsäle Leipziger Seidel-Sänger

Strohputzherinnen Emil Göke, Marktstr. 13.

Einige Kartonnagenfleberinnen Otto Stichnoth

Mehrere tüchtige Blechschmiede, Blech- oder Bauhloffer Gebr. Neumann, Halberstädter Str. 31.

Tüchtige Monteur und Schlosser E. Sperreiter

Tüchtige Mechaniker J. Bandtschuh, Schuhfabrik, Magdeburg-B.

Geblioffen und Dreher Wende & Co., E. n. I. I., Magdeburg.

Maurer u. Bauarbeiter Paul Gorgas, Kaiserstraße 25.

Damen-Strohputzherinnen Emil Göke, Marktstr. 13.

Pferde Schweineborsten und Schweinehaare E. Liebenow, Magdeburg.

Felle, Häute, Rohhaare Schweinehaar u. Borsten C. W. Schönemann, Gasthof Goldener Arm

Vasen, Stühle, Kisten, Käse Spezialität

Bettfedern E. Beck Nachf., Knechtelwender 56

Alkoholfreier Punsch à Liter 2.25

Zum Hausschlachten prima Därme und Gewürze Max Heynemann, Magdeburg

Brennholz Verkauf

Uhren Anker-Klein

Obstbäume F. W. Hübner & Co.

Kopf-Wäsche Frisuren Einzelkabinett Zöpfe Oehlstötter

Willelm-Theater

Wollen Sie wirklich gute Musik hören?

Erster Automat

Deutsches Kaffee

Stephanshallen Welfers

Fürstenthor-Theater

Stadt-Theater

Zentral-Theater

Die Doje Gr. Majestät

Ein Volks- u. Weihnachtsstück

Die erstklassige Salon-Kapelle aus Mannheim ist eingetroffen.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 12.

Magdeburg, Dienstag den 15. Januar 1918.

29. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 14. Januar 1918.

Öffentliche Versammlung der Unabhängigen.

Der Vorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hatte zum Sonntag vorzeitig in das Zielgebäude eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Reichstagsabgeordneter Bogt Herr über „Das preussische Landtagswahlrecht“ sprach. Als gegen 10 1/2 Uhr der frühere Genosse Albert Vater die Versammlung eröffnete, waren 520 Personen, darunter auch einige Frauen, anwesend. Nachdem man von den Erklärungen die Neugierigen und eine Anzahl Anhänger der alten Partei ab, so war der Erfolg dieser ersten öffentlichen Versammlung der Unabhängigen nicht gerade überwältigend. Der schwache Besuch wirkte auch schädlich auf den Redner. Der Zirkus ist der Versammlungsraum der Kaufenden, wenn sich da auf dem untern kleinen Ringen einige Hundert zusammengepfunden haben, dann laßt die graue Masse des gewaltigen Raumes beinahe körperlich schwer auf den Menschen und der Redner in leterer Manier vor dem winzig erscheinenden Rednerpult bewegt kaum die schwere Luft, geschweige denn das Innere der Zuhörer. Es fehlte daher an „Stimmung“, sie war nicht zu schaffen, trotz der zahlreichen Zwischenrufe, die besonders von einer Gruppe — dem Anschein nach mehr zur eignen Erheiterung als zur Unterstützung des Redners — kamen. Der Inhalt des Vortrags, soweit er den gegenwärtigen Stand der Wahlreform behandelte, unterschied sich eigentlich sehr wenig von dem Referat des Genossen Leinert; der vor einigen Wochen im Zirkus über die Wahlrechtsfrage gesprochen hat. Ein bürgerlicher Pressevertreter äußerte sich sogar dahin, daß der Reichstagsvortrag viel „radikaler“ und entscheidender gewesen wäre.

Bogt Herr kennzeichnete zunächst die sprichwörtlich gewordene Mächtigkeitspreußens in politischer Beziehung und gab dann einen Ueberblick über die mannigfachen Versuche, das preussische Dreiklassenwahlrecht zu reformieren. Dann übte er Kritik an den jetzt von der Regierung gemachten drei Vorlagen, die sich mit der Veränderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus, der anderweitigen Zusammenfassung des Herrenhauses und der Änderung des Staatsrechts des Abgeordnetenhaus befassen. Der Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht wurde hierbei mit Recht auf das Schärfste verurteilt, ebenso die Heraushebung des Wahlalters für Männer. Die Arbeiterklasse dürfe im Kampfe um das freie Wahlrecht keine Hoffnung setzen auf das Wirken der bürgerlichen Parteien, aus eigener Kraft und gegen die bürgerlichen Parteien müsse die Arbeiterklasse den Sieg zu erringen suchen. Jede Kompromisslei und Konzessionsmeierei auf dem Gebiet des Wahlrechtskampfes sei Verrat am Proletariat. Hier wurde von den Unabhängigen demonstrierender Beifall gesendet. Man bezog jedenfalls die „Kompromisslei“ auf die alte Partei und war auch der Meinung, daß sie allerlei Hoffnungen auf bürgerliche Parteien setze. Die alte Partei hat den praktischen Beweis geliefert, daß nicht Hoffnungen zu politischen Zielen führen, sondern unablässiges praktisches Wirken und Kämpfen, das die Gegner zwingt, alle Machtpositionen aufzugeben, die Unabhängigen halten es mit großen Worten. Eine Resolution kam zur Annahme, die folgendermaßen lautet:

In Erwägung, daß das freie Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht des Volkes das alleinige Mittel ist, Wohlstand und Friede der Völker zu gewährleisten, erklärt es die heutige Versammlung für dringend, daß alle Volksgenossen beiderlei Geschlechts unverzüglich in den Besitz des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gelangen. Jeder Tag, an welchem die kapitalistische Gesellschaft infolge Entziehung der Arbeiterklasse länger in dem Besitz der politischen Gewalt verbleibt, bedeutet eine ungeheuerliche Verächtlichmachung von Menschenglück und Wohlergehen. Gleiche Rechte haben die Väter der herrschenden Gesellschaft unsern Vätern und deren Großväter unsern Großvätern schon immer versprochen, aber nie ihr Versprechen eingelöst.

Die Versammlung erklärt deshalb, daß die Masse des Volkes keine Veranlassung hat zu hoffen, daß die heute herrschende Gesellschaft freiwillig auf ihre Machtposition verzichtet und daß die Arbeiterklasse niemand anders als sich selbst ihre Rechtmäßigkeit zu danken hat.

Der Vorsitzende richtete einige Worte an die Versammelten, bemerkte dabei, daß man über die Gründe der Trennung von der alten Partei nichts sagen wolle, weil keine Diskussion stattfinden könne. Dann verließ sich die Versammlung, die sich vorher schon stark gelichtet hatte.

Wiss zum 24. Februar bleibt die Kriegs-Luftfahrt-Ausstellung hier.

Zu den Verhandlungen zwischen Mietern und Hauswirten. Vom Ausschuss für Konjunkturinteressen wird uns mitgeteilt, daß er heute vormittag vom Magistrat die Aufforderung erhalten habe, zu den Einigungsverhandlungen zwischen Mietern und Hauswirten sieben Vertreter zu entsenden.

Desinfektionen. Der Magistrat gibt bekannt: Bis auf weiteres werden von jetzt an Desinfektionen, aber nur insoweit als sie städtischerseits bei Diphtherie-Erkrankungen ausgeführt werden, bis zu einem Einkommen von 5000 Mark kostenlos vorgenommen. Hinsichtlich der Desinfektionen bei allen andern Krankheiten, soweit sie auf Grund gesetzlicher oder polizeilicher Vorschriften ausgeführt werden müssen, gelten die bisherigen Vorschriften. Privatpersonen mit einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 3000 Mark die Gebühren in voller Höhe, mit einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 1500 bis 3000 Mark zur Hälfte des ordentlichen Betrags zu entrichten haben, während Personen mit einem geringeren Einkommen keine Gebühren zahlen.

Die markenfreien Ferkelabschlachtungen hören am 16. Januar auf. Hauschlachtungen von Ferkeln können noch bis zum 31. Januar stattfinden, aber nur zu den Bedingungen, unter denen Hauschlachtungen von Schweinen stattfinden. Erforderlich ist Genehmigung des Kommunalverbandes und entsprechende Anrechnung des Fleisches auf Fleischmarken.

Ueber Abgabe von Grundsteuern veröffentlicht der Magistrat im Inzeratenteil der heutigen Nummer eine Bekanntmachung.

Rauchverbot im Stadttheater. Es ist im Stadttheater das strenge Verbot überall angeschlagen, nicht zu rauchen. Gleichwohl kann man in den Wandelgängen, auf den Treppen, in den Vorräumen des Theaters bei jeder Vorstellung Herren beobachten, die sich an dieses Verbot nicht halten, vielmehr auch in dieser kurzen Zeit die brennende Zigarre nicht entbehren zu können glauben. Es ist dies eine Unsitte, die nicht streng genug gerügt werden kann. Die Sicherheit des Publikums erfordert unter allen Umständen, daß das Rauchen in sämtlichen Vor- und Logengängen des Theaters unterbleibt. Dem Vernehmen nach hat der Magistrat die Anweisung gegeben, Zuwiderhandelnde rüchrichtlos zur Anzeige und zur Bestrafung zu bringen.

Herings-Hoffnungen. Der Berliner Lokal-Anzeiger meldet: „Ueber die Gewässer zwischen Nord- und Ostsee geht gegenwärtig ein unerwarteter Heringssegen nieder. Eine riesenflotte von Heringsfängern ist im Skagerrak und Kattegatt eingetroffen, wohl über 300 Motordampfer, die mit dem Fange begonnen haben und in der kurzen Zeit ihres Aufenthalts in den dortigen Gewässern bisher weit über 110 000 Fischen (einge etwa 110 Millionen Fische) ihrem Element entrissen und zugleich einen stattlichen Millionenerwerb herausgeholt haben. Und jeder Tag bringt neue Millionen hinzu.“ — Wenn von den Millionen doch auch ein paar hunderttausend nach Magdeburg kämen!

Das Scharfschießen des Granatenwerfer-Lehrgangs findet am Mittwoch den 16., Donnerstag den 17., Freitag den 18., Sonnabend den 19. und Montag den 21. Januar auf dem Scharfschießstande des Übungswerks bei Schießstand 23 statt. Beginn um 7.30 Uhr vormittags, Ende 5.30 abends. Das Betreten des Angers ist strengstens verboten.

Verpflichtungen folgenswerter Art werden den Mietern durch den neuen Mietvertrag des Hausbesitzerverbandes aufgebürdet. Wer dem entgegen will, verweigere die Unterzeichnung dieses Vertrags!

Arbeiterjugend. Am Sonntag den 20. Januar, von 9 bis 12 Uhr vormittags, soll ein Geländespiel stattfinden. Teilnehmer müssen in dieser Woche die Bezirksveranstaltungen besuchen, damit sie von der Einteilung und den Spielregeln unterrichtet werden.

Zirkus Corty-Althoff. Neben den neuen Attraktionen die das gegenwärtige Gastspiel des Zirkus Corty-Althoff im Zirkus Blumenfeld bringt und die allabendlich den Beifall des Publikums finden, ist nunmehr eine neue, nicht minder sehenswerte hinzugekommen. Das Programm bringt in seinem zweiten Teil ein Ausstattungstück, betitelt: Ein Wintermärchen. Es ist ein Manegeschaustück in vier Akten von der bekannten Berliner Zirkusdirektorin Paula Busch, das in seltener Großartigkeit und einer Fülle von Dekorationen, Kostümen und Beleuchtungseffekten dem Zuschauer eine Anzahl prächtiger Bilder vorführt. Der Stoff bildet ein Weihnachtsgeschichtchen, das mit allen Reizen des Märchens uns noch einmal in die rechte Weihnachtsstimmung versetzt. Die überaus vielseitigen und abwechslungsreichen Szenarien, verbunden mit geschmackvollen Tänzen und grotesken Aufführungen, begleitet von einer gefälligen Musik in Verbindung mit passenden Gesängen, gefallen in jeder Vorstellung das Publikum. Das Haus ist immer völlig ausverkauft; am Sonntag abend mußten sogar Hunderte wieder umkehren, die keinen Platz bekommen konnten. Jedenfalls wird das auch vorläufig noch so bleiben.

Beim Waschen verunglückt. Auf eine merkwürdige Weise erlitt am Montag früh ein in der Matthijonstraße wohnendes junges Mädchen einen erheblichen Unfall. Beim Waschen war es auf die Toilette getreten und mit den ganzen Waschgeräten durchgefallen. Mit Schnittwunden an beiden Füßen wurde die Belegte nach dem Allstädtter Krankenhaus gebracht.

Ansteckende Krankheiten. In der Woche vom 6. bis 12. Januar wurden in Magdeburg amtlich gemeldet 40 Erkrankungen und 1 Todesfall an Diphtherie, 3 Erkrankungen an Scharlach, 8 Todesfälle an Lungenschwindsucht, 2 Erkrankungen an Unterleibstypus und 2 Erkrankungen an Ruhr.

Wandbrand. Durch einen fehlerhaften Schornstein entstand am Montag vormittag im Hause Breiter Weg 26 in einer in der zweiten Etage gelegenen Schneidwerkstatt ein Wandbrand. Die Gefahr wurde durch ein Kommando der Feuerwehrr besichtigt.

Geföhlen wurden am 4. d. M. aus einem Laden in der Schönebeker Straße eine mitgoldene Damenuhr mit drei Brillanten; am 10. von einem Treppenschlur in der Kaiserstraße eine Kofsmatte; am 11. nachmittags aus einem Stall einer Gartenparzelle in der Friedrichstadt drei Hühner; in der Nacht zum 12. aus einer Gartenparzelle an der Insleber Straße elf Kaninchen; am 12. nachmittags von einem Wagen am Betzdorfer eine Pferdebede; in der Nacht zum 13. aus einem Schanklokal in der Weinbergstraße Zigarren, Zigaretten, Flaschen Schnaps und ein Geldbetrag; aus einem Stall einer Gartenparzelle an der verlängerten Seltener Straße vier Hühner und zwei Kaninchen; am 13. vormittags aus einem unverschlossenen Zimmer in der Leipziger Straße ein dunkler Winterüberzieher mit schwarzem Futter.

In Haft genommen wurden der Arbeitssuchende Bertold S. aus Dönnstedt, der sich am 9. d. M. Ausweispassiere eines Bekannten, als dessen Bruder er sich ausgab, von dem Arbeitgeber erschwindelt und verurteilt hat, dessen Arbeitsschein zu erlangen; der Korbmacher Martin Tolkowitsch von hier, der am 13. d. M. in früher Morgenstunden einen Schaufelstern am Treiben Weg aufgebroschen hat, um daraus Bluten zu fischen. Er wurde von zwei Schutzmännern überrascht und festgenommen, später aber von diesen ergriffen. Als Auspuffer hatte er den 11 Jahre alten Sohn seiner Witwin morgens um 3 Uhr geweckt und mitgenommen. In der Wohnung wurden zwei Taschenlampen ohne Batterien, zwei Karttaschen, ein grauer Kinderanzug mit Knöpfen und zwei Kinderhosen vorgefunden, die auch aus Schuttschließern bestanden.

Theater, Konzerte u. Stadtheater. Heute Dienstag: „Jugend“; hierauf: „Sommer nachtsipul“. Mittwoch, Anfang 6 Uhr: „Die Jungfrau von Orleans“. Donnerstag, Anfang 8 Uhr: „Erlkönig und Jolbe“. Freitag: „Das Glück des Eremiten“. Sonnabend: „Die Menichsfreunde“. Zentral-Theater. „Die Dofe St. Rajefit“ wird nur noch am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag gegeben. Freitag: Sondervorstellung für die Mühlungsarbeiter. Friedrichs Festfeste. Täglich 7 1/4 Uhr Leipziger Seidel. Sängern. Sonntags 2 Vorstellungen, 1/4 und 7 Uhr.

Es fauft das Rad...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben. Von Dorothy Richardson.

Einzig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Sartjen. (Nachdruck verboten.)

Ich erwachte von den dumpfen Schlägen einer Uhr, deren Schallwellen noch deutlich in der Luft nachkitterten, und mein erstes Blick fiel auf das Fenster der kleinen Dachkammer, auf das der Regen unermüdlich niederprasselte.

Während ich noch lag, mußte ich unwillkürlich darüber nachdenken, ob ich die Uhr wirklich gehört oder es nur geträumt hatte; alles um mich her war so seltsam und so abstoßend fremd und kalt; nie in meinem Leben war ich in einer ähnlichen tristen kleinen Kammer ohne ordentliches Fenster aufgewacht, und noch nie hatte ich in einem ähnlichen häßlichen, schmalen Bett geschlafen.

Ich starrte empor zu der tropfenden Fensterscheibe und versuchte mich zu erinnern, wie ich dazu gekommen war, gerade diesen öden Raum und dieses Bett zu wählen.

Wann? Wie? Warum? — Es war um mich wie ein unentwirrbarer Knäuel von Gedächtnissen, aus denen ich mir erst mühsam wieder einen Weg zur Wirklichkeit bahnen mußte.

Langsam, langsam begannen die Erlebnisse der letzten vierundzwanzig Stunden wie eine nebelhafte Erinnerung in mir aufzusteigen: die endlose, ermüdende Reize, die vorbeigleitenden Landschaften, verschneite Ebenen mit häßlichen, schwarzen Städten darin, der Schrei der Lokomotive durch die Nacht... eine riesige, glasgedeckte, rauchgefüllte Halle... und schließlich die Fahrt über einen schwarzen Fluß, der dahinjagte durch eine unübersehbare Stadt, deren Türme sich schwarz am roten Abendhimmel abzeichneten, während Tausende und aber Tausende von Lichtern sich an die Wette zu strahlen...

Und aus diesen Erinnerungen tauchte eine andre empor, die mir einen Stich ins Herz gab; die Erinnerung an ein

frühes Grab auf einer kleinen Anhöhe in Pennsylvanien, und diese Erinnerung verdrängte sich mit all den andern zu einer schrillen, graujungen Melodie: „Arbeiten oder hungern! Arbeiten oder hungern!“

Sa ja, nun hatte ich mich also wieder auf alles besonnen. Ich war achtzehn Jahre alt, ohne sonderliche Kenntnisse, ohne Freunde und fast ohne Geld, — ich war mitterseelenallein auf der Welt, als Fremder in einer wildfremden Stadt, die ich noch nicht einmal bei Tage gesehen hatte. Ich war nach New York gekommen, einsam und heimatlos, gekommen aus dem ruhigen, einformigen Dajem einer kleinen Landstadt, um nun auch meinerseits in die große Dretmühle einzugehen, die alljährlich Millionen und aber Millionen verschlingt.

Ich war nun völlig wach, sprang aus dem Bett auf das eiskalte Zimoleum, fand ein Streichholz und zündete in dem wackligen Ofen ein kleines Feuerchen an. Witten auf der Diele unter dem Dachfenster hatte ich über Nacht ein See gebildet; mein einer Schuh stand bis an den Rand voll Wasser, und meine Bluse war völlig durchnäßt. Ich kleidete mich in der feuchten, durchdringenden Kälte so schnell wie möglich an und wusch mich vorsichtig und widerwillig in dem eingen Wasser, das in einer Blechschüssel auf dem Waschtisch stand, denn es war nicht mehr frisch, es mußte seit mehreren Tagen bereits da in der Kammer gestanden haben.

Inzwischen jähle die Uhr wiederum, und ich konnte mich langsam die stöckdunkle Treppe hinab, um zu frühstücken, während ich mich auf dem Wege fragte, ob ich meine Witwin, die ich in der Nacht, aufs äußerste ermüdet, mühselig gesehen hatte, wohl noch wiedererkennen werde. Damals hatte Miß Jamison einen verhöffenen Kimono angehabt, und sie hatte, das Gesicht mit Goldcream eingeschnitten und große Widel in den Haaren, auf dem Treppenaufgang gestanden und den Preis mit mir vereinbart, bevor das Mädchen mich in die Kammer hinaufführte.

Wenn ich mir den Kimono und die Haarnwickel wegdaß: und mir das Gesicht gepudert und die Haare frisiert vernehte, so präsentierte sich Miß Jamison in meiner Vorstellung als eine rundliche, blonde Dame in den vierziger Jahren.

Einige Wochen vor meiner Abreise aus der Heimat bereits hatte ich an den Verein junger christlicher Mädchen geschrieben, um mich nach einer guten billigen Unterkunft zu erkundigen; und der Sekretär hatte mir darauf eine ganze Anzahl von Adressen gesandt, darunter auch diejenige von Miß Jamison, mit dem Vermerk: „Eine sehr christliche Dame.“

Miß Jamison sah in der Tat genau so aus, wie ich sie mir vorgestellt hatte. Sie erblickte mich sofort, als ich eintrat, schüttelte mir die Hand und wies mir einen Platz am Frühstückstisch an; während ein Mädchen in schmutziger Schürze mir eine Anzahl Schüsseln vor die Nase stellte und eine andre eine warme, feuchte Serviette unter den Teller schob. Das Frühstück bestand aus einer ganzen Anzahl verschiedener kleiner Gerichte, von denen ich ohne Appetit hier und da ein wenig versuchte.

In den zwei großen Zimmern, die das ganze erste Stockwerk einnahmen, frühstückten an diesem Morgen mindestens sechzig Personen an kleinen Tischen, die unheimlich nahe aneinander gerückt waren, so daß man stets das Gefühl hatte, man werde seinen Nachbarn mit den Ellbogen stoßen. Nachdem ich mich ein wenig umgesehen hatte, begann ich mir meine Tischgenossen etwas näher zu betrachten. Mir gegenüber saß ein junger Mann mit Kneifer und einem wohlgepflegten Bart, am Ende des Tisches saß eine alte Dame, die den grauen Star auf dem linken Auge hatte. Dam war da noch eine kleine nervöse Dame mit auffallend dümmem Gesichtsausdruck und neben mir ein junges Mädchen mit lebhaften, braunen Augen. Der Herr mit dem Parte sprach in einem fort, ohne auf nur die kleinste Pause zu machen; die kleine, nervöse Dame prüfete in unordentlichem Interesse, und die Dame mit dem Star tat außerordentlich interessiert, — es mußte ein furchtbar spannendes Thema sein...

Ich hatte es bald heraus, daß die Unterhaltung sich um untre Pensionswirtin drehte, und nach und nach begann auch ich der Geschichte der Miß Jamison zu lauschen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, armen, obdachlosen Menschen eine Unterkunft zu bieten.

(Fortsetzung folgt)

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 14. Januar. (Einschulung.) Die Anmeldung der Eltern 1918 schulpflichtig werdenden Kinder...

Wahlkreis Osterleben-Halberstadt-Bernigrode.

Halberstadt, 14. Januar. (Bürgermeister Reichenborn.) In einer Gasberührung ist in Berlin in der Nacht zum Sonntag Bürgermeister Reichenborn gestorben...

Halberstadt, 14. Januar. (Schulanfang.) Die ersten fünfziger Halberstädter Schüler werden wegen Kohlenmangels bis zum 2. d. M. beurlaubt...

(Brennstoff-Abgabe.) Für die angegebene Kohlenmenge sind auf Seite 14 bei den Kohlenhändlern 1 Zentner Kohlen oder Braunkohle vorzulegen...

(Ausgabe von Kohlenkarten.) Für die zweite Verteilung von Kohlenkarten werden Kohlenkarten aus den bisherigen Kohlenkarten...

Wahlkreis Halle-Osterleben.

Halle, 14. Januar. (Eine Stadterverordneten-Sitzung.) Der Vorstand und die Ausschüsse werden mit einigen Änderungen wiedergewählt...

lange stehen. Vom Magistrat wurde bemerkt, daß Mängel nicht eintreten würden. Stadth. Ladebed erwähnte, daß die ungenügenden Geschäfte infolge falscher Information von den angeblich benachteiligten Geschäftskunden verbreitet würden...

(Der Butterverkauf) findet vom 14. d. M. an nur noch in den 18 nachbenannten Geschäften statt: Hausmann, Friedrichstraße (und Laden von Behr); Schneider, Friedrichstraße (Dahl, Brauer, Drosch); Lange, Bahnhofstraße (Bittsch, Klein, Rothmann); Franz, Wilhelmstraße (Schulle, Schüle); Root, Wilhelmstraße (Steller, Löffler, Bus); Lange, Königstraße (Friede, Hahn); Beradt, Königstraße (Kapfer, Krüger, Hummel, Grah, Stiel); Kraska, Müllerstraße (Eittrich, Kamp, Beyer, Wunderlich, Kahn); Reiter, Steinstraße (Schulle, Reifner, Wolf, Neufeld); Schramm, Steinstraße (Vareis, Schmidt); Gabriel, Markt (Knoth, Biegeloh, Gedding, Schiffer und Klauber); Butterzentrale (Hofmann, Schröder, Donat, Linde, Salzer, Schürer, Kauterstraße, Hühne, Behr); Konsumverein I (Kampferstraße II); Roje, Röhrenstraße (Müller, Graf, Hartmann, Jansen, Fischer); Root, Röhrenstraße (Zempel, Riß, Fuhmann, Hilde, Hämle, Neufeld, Reiter); Michaelis, Eibenau (Hädicke); Spangenberg (sämtliche Gattungen von Grünwalde). Wäsche auf anderweitige Verteilung können erst nach Ablauf von 14 Tagen erfolgen...

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 14. Januar. (Die Auszahlung der Kriegsanleihe) erfolgt im Rathaus in der Seehalle, und zwar am 16. Januar vormittags 9 bis 11 1/2 Uhr an die Inhaber der Karten 1 bis 646; nachmittags 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr 647 bis 1418; am 17. Januar vormittags 9 bis 11 1/2 Uhr 1419 bis 2110; nachmittags 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr 2111 und weitere Nummern. Diejenigen Personen, die noch keine Karten erhalten haben, werden sich am 17. Januar nachmittags 4 Uhr im Zimmer 10 des Rathauses...

(Grundstücks.) Der schon bekanntgegebene Grundbesitzverkauf am 17. d. M. hat die Abgabe 2 erhalten nun noch bis zum 19. d. M. Gültigkeit...

(Die Kundenlisten) für die Fleischmeister werden neu angelegt. Es ist deshalb jedem Haushalt gestattet, den Fleischmeister zu wechseln. Die Umzeichnung ist im Rathaus in der Seehalle zu geschehen. Sonstige ist die Fleisch- und Ausweisskarte. Für die einzelnen Fleischmeister werden genaue Termine festgesetzt...

Sangerhütte, 14. Januar. (Die Auszahlung der Kriegsanleihe) erfolgt am 15. Januar in den Zimmern 1 und 2 des hiesigen Gemeindevorwaltungsgebäudes in derselben Zeit und Reihenfolge wie hier...

Wahlkreis Saale-Verdelegen.

Verdelegen, 14. Januar. (Einen fetten Braten) hatten sich viele aus einem jetzt verfallenen Gartenhaus des Landmanns Hofmann. Sie erwarbten fünf große Jagdgänge und zwei Gänse...

(Die Futterausgabe) für die kommenden 2 Wochen darf bei Nr. 26. Januar auf die Futterausgabe Nr. 22 und 23 erfolgen. Selbstverwalter erhalten je Kopf und Woche 100 Gramm, Selbstverwalter 50 Gramm, Eigenverwalter als Zusatz 62 1/2 Gramm, Eigenverwalter 25 Gramm für Kopf und Woche. Die Ausgabe auf Nr. 21 erfolgt später mit Nr. 24 zusammen...

(Die Dammern werden nie alle.) Die unberechnete 2. und 3. Dammern kann bei ihrem Entstehen auch noch entstanden und nicht erst nach dem 1. d. M. für ihr Entstehen werden. In diesem Punkte mußte die Angelegenheit den nächsten Hofbesitzer und verbotene auszusprechen. Man mußte die zum ihr gezahlte Geld herbeibringen, das die Selbstverwalter unbedingt zu zahlen mußten; auch wurde für ein Teilchen zu ihrer Arbeit. Als die Selbstverwalter mit dem Geld befreit werden sollte, bekam die Selbstverwalter aber doch keine Ausgabe. Als für das zurückgegebene Geld nachzählte, fehlten 200 Mark zum Teil des Geldes. Bei der Zahlung der 2. fand sich das Geld zum Teil des Geldes vor. Für diese Ausgabe bekam sie 2 Wochen Gehalt...

(Die Versorgung mit Kohlen) läßt immer noch zu wünschen übrig. Die jeder Unterzogen keine nun zusehenden 15. Januar Kohlen erhalten hat, wird es Spätkommer werden. Bei manchen wird es allerdings nicht so lange dauern, das kommt je dem Ort an, wo Kohlen zu und wie leicht hat. So hat eine Gruppe schon mehrere Stunden erledigt, die bei ihr untertrieb 5. Januar Kohlen zu empfangen hatten. Sie wollen durch gar nicht nachhaken, wie auf den Versorgung, denn Frieden macht unerschwinglich können Spät. Aber wir müssen immer, wie eine ungleichmäßige Versorgung von Selbstverwalter vorgenommen werden kann, wo doch die Kohlen der Kohlen noch empfangen sind und jeder Kohlen seine Kohlen erhalten hat. Eine Dammern dieser Art würde eintreten, was notwendig wäre. Anders sieht es aber bei den Selbstverwalter in der Selbstverwalter aus. Dieser gibt sich mit Mühseligkeit ab. Das ist dann zu erklären, das es nach Selbstverwalter notwendig ist, die für ihn empfangen sind und nicht einen Kohlen Kohlen erhalten haben, während er einem Kohlen in der Selbstverwalter 50 Zentner Kohlen empfangen hat. Dieser Kohlen hat sich aber schon im Herbst mit der Selbstverwalter mit 50 Zentner Kohlen empfangen. Eine solche Situation zeigt uns seinen Selbstverwalter...

Halle, 14. Januar. (Ein Interzession.) In der heutigen Sitzung wurde über den Antrag von G. Adriaan zu lesen. Die Sitzung hat sich am 14. d. M. um 10 Uhr abends abgebrochen. Der Antrag des Antragstellers ist nicht angenommen worden. Der Antrag des Antragstellers ist nicht angenommen worden. Der Antrag des Antragstellers ist nicht angenommen worden...

kleine Chronik.

Schneestürme und Verkehrsstörungen.

Das starke Schneetreiben, das in der Freitagnacht in Berlin eingesetzt hatte, dauerte am Sonnabend bis in die späten Abendstunden und rief vielfach Verkehrsstörungen namentlich im Fuhrwerkverkehr hervor. Groß sind die Schäden, die der Schneefall im Reich anrichtete. Es liegen hierüber folgende Meldungen vor: Im Thüringer Wald wütete seit Mittwoch ein anhaltender Schneesturm. Der Schnee liegt nahezu meterhoch. Die Verkehrsstörungen, die durch die Verwehungen herbeigeführt werden, sind außerordentlich groß. Der Telegraphenverkehr ist vielfach unterbrochen. Auf der Bahnstrecke Korbach - Trilonwald ist infolge der Schneeverwehungen eine vierstägige völlige Betriebs Einstellung erfolgt. - Große Schneestürme verbunden mit heftigem Gewitter verwehten in der Oberlausitz große Stürme. Die Fernleitungen der Ueberlandzentralen wurden beschädigt. Reich an nach und die benachbarten ländlichen Distrikten waren zum drittenmal in diesem Monat ohne Licht. - Aus Hirschberg (Schles.) wird berichtet: Der Schneesturm, der seit Donnerstag abend wieder im ganzen Gebirge und im Tale wütete, ist noch heftiger als alle vorhergehenden. Zeitweise herrschte heute bei Sturm und dichtem Schneegewitter vollständige Finsternis. Der Verkehr auf dem Lande ist infolge der meterhohen Schneeverwehungen wieder fast ganz unmöglich geworden. Die Bahn Hirschberg - Krummhübel mußte den Verkehr einstellen. Die Bauten im Hochgebirge sind fast vollständig von jedem Verkehr abgeschlossen. In Südböhmen dauert der jährliche Schneesturm an. Der Verkehr ist auf fast allen Eisenbahnstrecken gestört, zahlreiche Hauptlinien sind fast ganz unterbrochen. Die Züge müssen oft aus meterhohen Schneewehen ausgesetzt werden. In Gablingen bei Augsburg blieb der Personenzug 16 Stunden lang stehen, bis ein Hilfszug die unter den Folgen der Kälte schwerleidenden Reisenden befreite.

Vier Personen wegen Raubmordes verhaftet.

Zu gemeinsamem Raubmord vereinigten sich der Kleinf. Steiner, Kapteier Hoek und zwei Dinnen, die dem verhafteten Hofgutbesitzer Wurm in Fuchsühle bei Regensburg im Raub auf-lauernden und ihn erschlugen. Alle vier Personen wurden verhaftet.

„Werde nur ein guter Mensch!“

Der Prozeß gegen den 17 Jahre alten Drogisten Erwin Krüger wegen Raubmordes an der Schreibwarenhandlerin Dorothea Jähnichen in Berlin, der vorige Woche stattfand, endete mit der Verurteilung Krügers wegen Mordes und Diebstahls zu sechs Jahren zwei Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof hat dabei erwogen, daß der Angeklagte ein jugendlicher, minderwertiger Mensch ist, der durch die Verweigerung aus dem Elternhause und seine vollständige Mittellostigkeit und seinen Hunger zu der furchtbaren Tat getrieben worden sei. Bei dem letzten Teile der Verhandlung schlich sich der Angeklagte fassungslos und verbarge seinen Kopf. Nachdem der Staatsanwalt das höchste zulässige Strafmaß - 15 Jahre Gefängnis - beantragt hatte, wirkte die Verurteilung der verhältnismäßig geringen Strafe überraschend. Und dann brach plötzlich durch das unruhige Gemüth der allgemeinen Aufregung eine trauernde, stehende Stimme: „Werde nur ein guter Mensch - ein guter Mensch...“ Es war die Mutter; sie freilich den Kopf des Angeklagten und nimmt Abschied von ihrem Jungen.

Schwere Gendarmenexplosion in England.

In einem Schacht in Halmerend in Nord-Staffordshire ereignete sich eine schwere Explosion. Zur Zeit der Explosion waren 247 Mann im Schachte. Bisher sind ungefähr 60 an die Oberfläche gekommen. Man glaubt, daß die Zahl der Toten groß ist.

Briefkasten.

H. M., Sangerhütte. Da die Uebungen und der Unterricht bei der Jugendbewegung als Fortsetzung des Unterrichts der Fortbildungsschule angesehen werden, sind die Schüler zur Teilnahme verpflichtet. M. S., Sangerhütte. Ihre Tochter hat Gehalt bis zum Ablauf der Rindigungsfrist zu beanspruchen. Nummer 272. Mit solchen „wichtigen“ Fragen müssen Sie sich an einen Statthalter wenden, nicht aber an die Redaktion einer Zeitung. Krautentwässer E. M. Zum Abdruck nicht geeignet. Sekretär R. Die Strafe haben Sie doch sicher schon verbüßt, so daß Sie nicht mehr erlassen kann. Die Strafe muß jedoch nach den kaiserlichen Erlässen im Strafgesetzbuch gestrichelt werden, so daß die Staatsanwaltschaft nicht berechtigt wäre, sie Ihrer Kompanie mitzuteilen. Strafe. Ob die Rente für die Witwe zu niedrig festgestellt ist, läßt sich ohne Einsicht in die Akten nicht beurteilen. Wenden Sie sich zur Klärung des Falles an das Arbeitersekretariat Magdeburg, Große Ringstraße 3. Schlichte H. Sp. Zeitung ist bis 15. März und „Jacob“ bis Nr. 3 bezogen.

Wasserstände.

Table with columns: Ort, Höhe, Wasserstand, etc. Includes locations like Zerbis, Stendal, Halle, etc.

Wettervorhersage.

Freitag, 15. Januar: Zeitweise aufklarend, überwiegend trocken, Frost.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 12. Januar. Todesfälle: Wilhelmine Johanne Hagemann geb. Wittig, 83 J. 3 M. 13 T. ... Halle, 12. Januar. Todesfälle: Arbeiter Johann ...